foodwatch

Report **2021**

AGRAR-POLITIK

IN DER KONSENSFALLE

Warum die Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft und der Borchert-Kommission agrarpolitisch in die Irre führen

IMPRESSUM

Herausgeber
Thilo Bode
foodwatch e. V.

Brunnenstraße 181
10119 Berlin
Fon +49 (0) 30 / 24 04 76 - 0
Fax +49 (0) 30 / 24 04 76 - 26
E-mail info@foodwatch.de
www.foodwatch.de

Spendenkonto
foodwatch e. V.
GLS Gemeinschaftsbank
IBAN DE 5043 0609 6701 0424 6400
BIC GENO DEM 1 GLS

Gestaltung
Tina Westiner

Redaktionsschluss
November 2021

foodwatch©

AGRARPOLITIK IN DER KONSENSFALLE

Warum die Empfehlungen der Zukunfts-
kommission Landwirtschaft und
der Borchert-Kommission agrarpolitisch
in die Irre führen

Eine Analyse von foodwatch

INHALTSVERZEICHNIS

1 DAUERBAUSTELLE AGRARPOLITIK 6

2 WENIGER FLEISCH, MEHR KLIMASCHUTZ 12

3 TIERSCHUTZ, VERBINDLICH STATT FREIWILLIG 18

4 KLIMA SCHÜTZEN, OHNE TIERE ZU QUÄLEN 24

5 KOSTEN FAIR VERTEILEN 26

6 FOODWATCH FORDERUNGEN 28

FUSSNOTEN 32

LITERATUR 36

1 DAUERBAUSTELLE AGRARPOLITIK

Vor gut 20 Jahren stürzte die Rinderkrankheit BSE das damals amtierende rot-grüne Regierungsbündnis in eine schwere Krise, der Landwirtschaftsminister musste zurücktreten. Die neue Ministerin, Renate Künast, verankerte in ihrer ersten „Regierungserklärung“ am 8. Februar 2001 den bis dahin kaum präsenten Begriff „Agrarwende“ in der politischen Debatte:

„Der BSE-Skandal markiert das Ende der Landwirtschaftspolitik alten Typs“, erklärte sie. „Wir setzen auf die Agrarwende. Der Maßstab dabei ist Klasse statt Masse. Das ist das Neue.“ [1]

Ihre neue Programmatik skizzierte sie mit diesen Worten:

„Wir wollen in Zukunft keine Überschüsse produzieren, sondern Qualität. Wir wollen und werden in Zukunft keine Tierquälerei finanzieren, sondern artgerechte Tierhaltung. Wir wollen und werden keinen Raubbau, sondern den Schutz von Boden und Wasser finanzieren.“ [2]

Ein großes Versprechen. Tatsächlich aber blieb die ökologische Landwirtschaft eine Nische, während das Gros der konventionellen Landwirte wie gehabt weiter wirtschaftete. Obendrein änderten sich die politischen Mehrheiten, und bald huldigte die Politik wieder dem Mantra einer „wettbewerbsfähigen Landwirtschaft“. Bis heute ist das so.

Die gerade abgewählte Bundesregierung verkündet beispielsweise in ihrer „Nutztierstrategie“ voller Stolz, dass es der hiesigen Landwirtschaft und Ernährungsindustrie gelungen sei, „ihre Position international auszubauen und Marktanteile zu gewinnen“.[3] Die negativen Auswirkungen der landwirtschaftlichen Exporte „auf Tierwohl, Wasser, Boden und Luft“ werden in dem Dokument zwar erwähnt, ebenso die Effekte, die der Import großer Mengen von Eiweißfuttermitteln „auf die Weltwaldbestände, die Biodiversität und nicht zuletzt die Gesundheit und Entwicklungsmöglichkeiten der heimischen Bevölkerung“ in den Herkunftsländern hat.[4] Die exportorientierte Strategie wird gleichwohl nicht in Frage gestellt.

Die Agrarwende von 2001 ist fundamental gescheitert. Nun wollen SPD, Grüne und FDP die Landwirtschaft dabei „unterstützen..., einen nachhaltigen, umwelt- und naturverträglichen Pfad einzuschlagen“.[5] Die Kompromisse der von der alten Bundesregierung im Juli 2020 eingesetzten „Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL)[6] sind dafür allerdings kein guter Kompass.

Trotz rund einer Billion Euro an Agrarsubventionen in den vergangenen 20 Jahren[7] allein durch die „Gemeinsame Agrarpolitik“ (GAP) der EU haben die von der Landwirtschaft verursachten ökologischen Schäden und die mit massiven Schmerzen und Leiden einhergehenden „Produktionskrankheiten“ der Tiere zugenommen, hält das Sterben der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe unvermindert an, bleibt der Ökologische Landbau eine Nische:

- Etwa 10% der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Deutschland wurden 2020 ökologisch bewirtschaftet.[8] Laut Beschluss der Bundesregierung aus dem Jahr 2002 sollten es schon 2010 20% sein.[9] Der Marktanteil von Ökoprodukten am gesamten Lebensmittelmarkt betrug 2019 in Deutschland 5,7%[10], bei Bio-Geflügel 2,6% und bei anderem Fleisch 3,6%.[11]

- Deutschland wurde zum Fleischexporteur. Der Selbstversorgungsgrad mit Fleisch beträgt inzwischen fast 118%.[12] **Mit einem Plus von 240% sind die Fleischexporte seit dem Jahr 2000 deutlich stärker gestiegen als die Agrarexporte insgesamt.**[13] Auf fast 60% der Landwirtschaftsfläche werden Futtermittel für die Tierhaltung angebaut.[14]

- Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe über fünf Hektar ist seit 2003 um fast ein Viertel geschrumpft. Und allein die 16 Prozent der größeren Betriebe (mehr als 100 ha) bewirtschaften 62 Prozent des Landes.[15]

Zur volkswirtschaftlichen Gesamtleistung steuert die Landwirtschaft lediglich 0,7% bei.[16] Derweil ist der von ihr verursachte Schaden enorm.

1985 äusserte sich der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) zu den von der Landwirtschaft verursachten Umweltproblemen.[17] 2015, 30 Jahre später, beauftragte das Umweltbundesamt (UBA) Wissenschaftler:innen der TU München/Weihenstephan mit einer Bilanz – und diese fiel ernüchternd aus[18]:

Artenschutz: „WEITER VERSCHLECHTERT“

Humusschwund und Erosionsgefährdung: „ZUGENOMMEN“

Gewässerbelastung: „HÄUFIG ZUGENOMMEN“

Landschaftsbild: „NEGATIV“

Zusammenfassend heißt es in der UBA-Analyse, dass sich „die Umweltproblematik der Landwirtschaft weiter verschärfen konnte“ und dass „der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtbelastungs- und Gefährdungssituation… vielfach sogar relativ zugenommen“ hat.

Auch die 2018 veröffentlichte Diagnose des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und Verbraucherschutz (WBAE) beim Bundeslandwirtschaftsministerium lässt an Klarheit nichts zu wünschen übrig: „Zahlreiche wichtige der auf europäischer oder deutscher Ebene spezifizierten und für die Landwirtschaft relevanten Umweltziele im Bereich des Klima-, Wasser- und Biodiversitätsschutzes werden nicht erreicht…“.[19]

Zu allem Überfluss wird dieses Unheil mit Steuergeld finanziert. Das Einkommen der Betriebe besteht zu einem erheblichen Anteil aus Subventionen, inzwischen maßgeblich aus Direktzahlungen pro Hektar. Diese Zahlungen begünstigen Großbetriebe, gestaltende Wirkung haben sie nicht. Im Gegenteil.

Der Europäische Rechnungshof wies wiederholt darauf hin, wie mit dem öffentlichen Geld der Natur zugesetzt wird:

- **„Die Biodiversität landwirtschaftlicher Nutzflächen geht trotz spezifischer GAP-Maßnahmen weiter zurück.“[20]**
- **„GAP-Mittel fördern eher eine stärkere als eine effizientere Wassernutzung.“[21]**
- **„EU-Agrarsubventionen machen Landwirtschaft nicht klimafreundlicher.“[22]**

Auch das in der GAP so genannte „Greening“ der Zahlungen hat nur „zu geringfügigen Verbesserungen für Umwelt- und Naturschutz“ geführt, so das Johann Heinrich von Thünen-Institut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei in einer gemeinsamen Analyse mit dem Julius Kühn-Institut, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen: „Geringe Umweltwirkung, hohe Kosten“, so das Fazit der beiden Institute.[23]

Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, was die EU-Mitgliedstaaten der Europäischen Umweltagentur (EEA) berichten:

> *„ Die von den Mitgliedstaaten am häufigsten gemeldeten Belastungen und Bedrohungen für alle terrestrischen Arten, Lebensräume und Ökosysteme stehen in Zusammenhang mit der Landwirtschaft. “*
>
> Europäische Umweltagentur EEA 2021[24]

Dies alles straft die Behauptung Lügen, die moderne Landwirtschaft erbringe für die Gesellschaft „Gemeinwohlleistungen“ wie die Erhaltung der Kulturlandschaft oder die Sicherung hoher Umwelt- und Tierschutzstandards – neben ihrer Hauptaufgabe, der „nachhaltigen Erzeugung von Lebensmitteln“.[25] Das Gegenteil stimmt: Die vorherrschende landwirtschaftliche Praxis bedroht sogar das Lebensmittel Nummer eins, das Wasser.[26]

Im Rahmen ihres „Green Deal“ hat die EU-Kommission eine Reformstrategie für die Landwirtschaft präsentiert. Darin heißt es, es sei „dringend erforderlich, die Abhängigkeit von Pestiziden und antimikrobiellen Mitteln zu verringern, den übermäßigen Einsatz von Düngemitteln zu reduzieren, den ökologischen Landbau zu intensivieren, den Tierschutz zu verbessern und den Verlust an biologischer Vielfalt rückgängig zu machen“.[27]

Ein überzeugendes Gesamtbild für den Umbau hin zu einer zukunftsfähigen Landwirtschaft bleibt die EU-Kommission allerdings schuldig. Weder in der Klimapolitik noch beim Tierschutz schlägt sie wirksame Maßnahmen vor, um die europäischen Klimaschutzziele und einen ambitionierten Tierschutz zu erreichen.

In Deutschland hat kürzlich ein Bündnis aus sieben Umwelt- und Tierschutzorganisationen gemeinsam mit dem Deutschen Bauernverband (DBV), dem Raiffeisenverband und der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) die kommende Bundesregierung aufgefordert, den Bericht der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) als Richtschnur für ihre zukünftige Agrarpolitik zu wählen.[28] Diese Aufforderung hat den entscheidenden Fehler, dass die Vorschläge der ZKL[29] grundlegende und dringend lösungsbedürftige Probleme der deutschen und europäischen Agrarwirtschaft entweder vollständig ausblenden oder nur am Rande thematisieren. Zwar wird in dem 187 Seiten umfassenden Bericht eine Vielzahl von wichtigen Themen angeschnitten. Doch fehlen nicht nur eine umfassende und systematische Schadensbilanz samt Ursachenanalyse, sondern auch konkrete Maßnahmen, um die von der ZKL proklamierten Ziele zu erreichen. Bruchlinien und Widersprüche zwischen den beteiligten Akteuren und Interessengruppen werden nicht etwa offengelegt, sondern hinter im Ungefähren bleibenden Formelkompromissen und nach weiteren öffentlichen Geldern verlangenden Scheinlösungen versteckt.

Es ist verführerisch, die von der ZKL sprachlich geglätteten Scheinkompromisse als Ausgangspunkt für agrarpolitische Aktivitäten der neuen Bundesregierung zu deklarieren. Gleichwohl ist es ein Irrweg, der weitere kostbare Zeit verbrennen wird, wenn man die am meisten drängenden umwelt-, klima- und tierschutzpolitischen Herausforderungen ernst nimmt.

Weder die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes für den Klimaschutz lassen sich so erreichen, noch das soeben erst von den Vereinten Nationen beschlossene Menschenrecht auf eine saubere Umwelt.[30]

2 WENIGER FLEISCH, MEHR KLIMASCHUTZ

Die EU will bis spätestens 2050 klimaneutral sein[31], Deutschland bis 2045[32]. Das erfordert eine schnelle und drastische Rückführung der Treibhausgasemissionen sowie die Schaffung von Kohlenstoffsenken für jene Emissionen, die sich bis zu den jeweiligen Zieljahren nicht vermeiden lassen.

Die Landwirtschaft trägt maßgeblich zur Emission klimaschädlicher Gase bei. Ursächlich dafür sind vor allem Methan-Emissionen aus der Tierhaltung sowie Lachgas-Emissionen aus landwirtschaftlich genutzten Böden als Folge der Stickstoffdüngung.[33] Ein Großteil der Düngung und der damit verbundenen Emissionen dient der Erzeugung von Futtermitteln.

Unter Berücksichtigung dieses Effekts lassen sich rund drei Viertel der Emissionen des Landwirtschaftssektors auf die Tierhaltung zurückführen.[34]

In Deutschland trägt die Landwirtschaft einschließlich der landwirtschaftlichen Bodennutzung (LULUCF)[35] zu gut 13% zu den Treibhausgasemissionen bei. Einschließlich der Vorleistungen und der Verarbeitung von Rostoffen sind es für die gesamte Ernährungswirtschaft rund 30%.[36] An den Treibhausgasemissionen der EU haben die der Landwirtschaft zurechenbaren Emissionen, maßgeblich ebenfalls Methan und Lachgas, einen ähnlich hohen Anteil wie in Deutschland.[37]

Im Rahmen der europäischen Klimapolitik bestimmt jeder Mitgliedstaat selbst, welche Treibhausgas-Reduktionen (THG-Reduktionen) auf die Landwirtschaft entfallen.[38] Um das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen, wäre „eine erhebliche Reduktion der Treibhausgas-Emissionen des deutschen Agrar- und Ernährungssystems bis 2030 bzw. 2045/50“ notwendig[39], mindestens eine Halbierung.[40]

Von diesem Ziel ist der Sektor weit entfernt, die Reduktionsziele für die Landwirtschaft sind völlig unzureichend. Die nach Abgrenzung des Bundes-Klimaschutzgesetzes der Landwirtschaft zurechenbaren THG-Emissionen (also die Emissionen inklusive der Verbrennung von Brennstoffen, aber ohne die der Landwirtschaft zurechenbaren Emissionen des Sektors LULUCF) betrugen 1990 knapp 90 Mio. t CO_2-Äquivalente; 2020 lagen sie laut „Projektionsbericht 2021“ der Bundesregierung bei gut 67 Millionen Tonnen.[41] Bis 2030 sollen sie laut Klimaschutzgesetz auf 56 Mio. t sinken, also um 17 %.

Bemerkenswert ist, dass durch die Novellierung des Klimaschutzgesetzes nach dem einschlägigen Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes die Sektorziele (2030) für die Industrie um 16 % und für die Energiewirtschaft sogar um 38 % verschärft wurden, die Landwirtschaft aber mit nicht einmal 4 % fast ungeschoren davonkam.[42] Für den Zeitraum nach 2030 werden die Sektorziele laut § 4 Abs. 6 des Bundes-Klimaschutzgesetzes erst im Jahr 2024 festgelegt und für den Zeitraum 2041 bis 2045 sogar erst im Jahr 2034.

Das CO_2-Reduktions-Nahziel bis 2030 wurde durch die Novellierung des deutschen Klimaschutzgesetzes für die Landwirtschaft kaum verschärft. Trotzdem **geht der Projektionsbericht der Bundesregierung davon aus, dass die Landwirtschaft ihr Emissionsziel 2030 um 6,8 Mio. t verfehlen wird.** Auch anschließend, bis 2040, sinken die Emissionen nur noch unmerklich.[43] **Ursächlich für die nach Lage der Dinge größer werdende Minderungslücke sind maßgeblich die Emissionen der Wiederkäuer, die bis 2030 sogar noch etwas ansteigen.**

Derweil wird der Anteil der gesamten Landwirtschaft an den gesamten THG-Emissionen Deutschlands kontinuierlich wachsen, weil die anderen Sektoren ihre Emissionen laut Projektionsbericht deutlich senken werden. **Damit wäre der Landwirtschaftssektor in wachsendem Umfang für die Verletzung des Gebotes der Generationengerechtigkeit verantwortlich, welches das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber zur Richtschnur seines Handelns vorgegeben hat.**

Eine signifikante Reduktion der Tierzahlen, insbesondere der Wiederkäuer, ist deshalb für die deutsche Landwirtschaft unabdingbar.

Offenbar steht die Landwirtschaft unter dem besonderen Schutz der Klimaschützer. Obwohl die Landwirtschaft weltweit die größte Quelle aller anthropogenen Methan-Emissionen[44] ist, findet sie auch in der von US-Präsident Joe Biden und von Ursula von der Leyen, der Präsidentin der EU-Kommission, während der Weltklimakonferenz in Glasgow (COP 26) vorgestellten Initiative „Global Methane Pledge“[45] nur am Rande Erwähnung. Die EU-Kommission hat das Thema an eine „Sachverständigengruppe“ delegiert und setzt ansonsten darauf, „innovative Maßnahmen zur Emissionsminderung zu erforschen und zu fördern“.[46]

Der Bericht der ZKL beschreibt de facto ebenfalls nur einen vermeintlichen Konsens der Kommissions-Mitglieder. In Wirklichkeit vertuscht der Report die Interessengegensätze bei den heiklen Themen durch vage Formulierungen. Zum Thema Nutztierhaltung empfiehlt die Zukunftskommission (ZKL), „einen den Klimazielen angepassten Umfang der Rinderbestände und die Konzentration auf eine grünlandbasierte Rinderhaltung, einhergehend mit der Anpassung des Konsums“.[47] Konkrete Maßnahmen schlägt der Bericht aber nicht vor, denn diese hätten erhebliche Konsequenzen für Produzent:innen, Konsument:innen und für den Außenhandel der EU. Immerhin ein Drittel der gesamten Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft entfallen auf Milch und Fleisch von Rindern.[48]

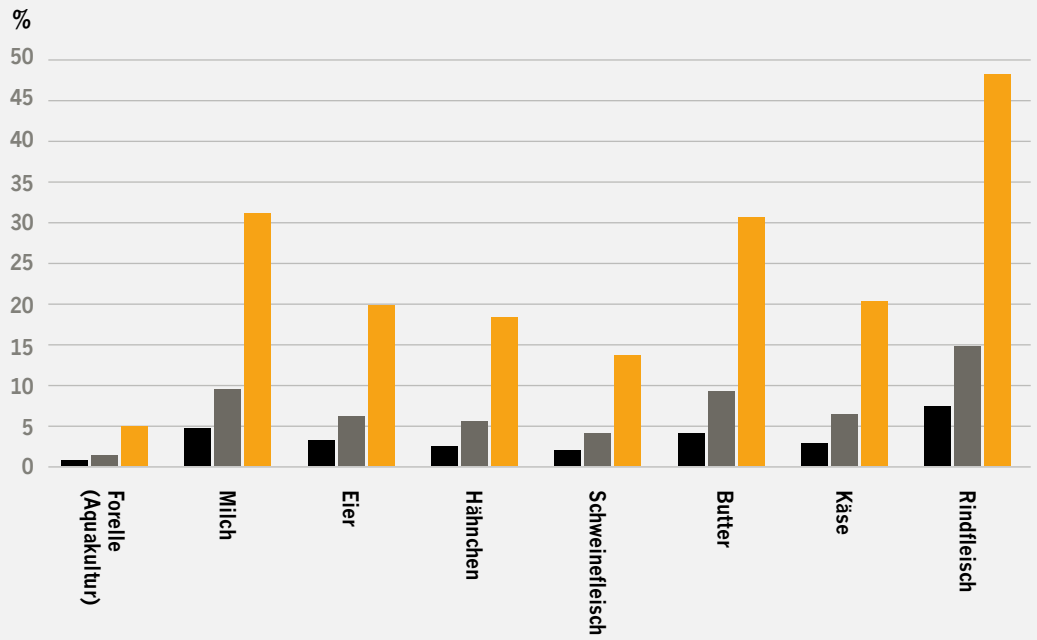
Die ZKL erkennt zwar an, dass die Tierbestände sinken müssen, erklärt aber nicht, wie das konkret gehen soll. Der Fleischkonsum soll irgendwie sinken – und irgendwie sollen dann auch die Tierzahlen sinken. Tatsächlich setzt die ZKL aber vor allem auf die Wiedervernässung trockengelegter Feuchtgebiete und den (für das Klima weniger relevanten) Humusaufbau von Böden.[49] Die Kosten sollen durch Subventionen, also vom Steuerzahler, finanziert werden. Auf diese Weise vergrößert sich die bereits bestehende Förderung in Höhe von jährlich über 6 Milliarden Euro aus der GAP perspektivisch um weitere 1,5 bis 5,5 Milliarden Euro[50] – und die bisherige Agrarpolitik findet eine unheilvolle Fortsetzung: Statt beherzter Maßnahmen ein „Weiter so“ mit immer noch höheren Subventionen für ein krankes System, das die Umwelt ruiniert und die Tiere leiden lässt. Das entspricht weder dem Verursacherprinzip noch einschlägigen Anforderungen an den Tierschutz. Erst recht nicht wird damit die maßgebliche Quelle von Treibhausgasemissionen adressiert: die Tierhaltung.

Um die Klimaziele zu erreichen, muss die Landwirtschaft ihre THG-Emissionen bis zum Jahr 2045 halbieren. Das bedeutet, dass die Tierzahlen signifikant sinken müssen, bei Wiederkäuern in etwa auf die Hälfte des heutigen Bestandes.[51]

Mit der Reduktion der Nutztierzahlen muss jetzt begonnen werden – und das bedeutet: Die Fleischpreise müssen signifikant steigen, damit die Nachfrage sinkt. Das Mittel zum Zweck ist eine EU-weit erhobene Abgabe auf die Produktion oder eine Konsumabgabe auf die Endverkaufspreise von Fleisch und Milchprodukten, differenziert nach der jeweiligen Treibhausgas-Intensität der Produktion.

Eine THG-Emissionsabgabe in Höhe von 30 Euro würde Rindfleisch um knapp 8% teurer machen, Milch um rund 5% und Käse um 3 %. Steigt der CO_2-Preis auf 60 Euro, verdoppelt sich entsprechend der Effekt. Das Umweltbundesamt veranschlagt die Klimakosten einer Tonne CO_2 allerdings auf rund 200 Euro.[52] Würde dieser Kostenansatz zugrunde gelegt, stiege der Preis von Rindfleisch um etwa die Hälfte, Butter und Milch verteuerten sich um rund 30%; bei Hähnchen und Schweinefleisch wäre der Effekt moderater.

KLIMAKOSTEN TIERISCHER PRODUKTE IN % VOM EINZELHANDELSPREIS BEI CO_2 PREISEN VON 30 EURO , 60 EURO UND 195 EURO /TONNE



Quelle: Nach Grethe et al: Klimaschutz im Agrar- und Ernährungssystem Deutschlands..., S. 51, ergänzte eigene Darstellung von foodwatch[53]

Da die Nachfrage nach Fleisch relativ elastisch reagiert, wäre mit einem prozentualen Nachfragerückgang in ähnlicher Größenordnung der jeweiligen Aufpreise zu rechnen.[54] Als Einstieg in die THG-Bepreisung tierischer Produkte wäre eine Abgabe in Höhe von 30 Euro akzeptabel, das ist der laut § 10 Absatz 2 des Brennstoffemissionshandelsgesetz für 2022 vorgesehene Preis pro Tonne CO_2-Äquivalent.[55] **Damit sich die zur Erreichung der Klimaziele notwendige Wirkung auf die Emissionsmengen einstellt, ist eine kontinuierliche Erhöhung des Abgabesatzes zu planen - und zu kommunizieren.**

Um die europäischen Betriebe nicht ungeschützt Billigimporten aus Drittstaaten auszusetzen, muss die THG-Abgabe auch auf Importe aus Drittstaaten erhoben werden. Da es sich beim Klimaschutz um den Schutz eines kollektiven Gutes handelt, kann diese Vorkehrung in Übereinstimmung mit den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) ausgestaltet werden.
Für andere Sektoren, z.B. Industrieprodukte wie Stahl, werden solche „Grenzausgleichsmaßnahmen“ (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) bereits konkret auf EU-Ebene diskutiert.[56]

Eine auf sämtliche Fleischexporte in Drittstaaten zu erhebende Abgabe muss zudem sicher stellen, dass die Klimaziele im Binnenmarkt nicht durch Produktion für den Export unterlaufen werden.

Die Verminderung der Tierzahlen über eine wirksame THG-Abgabe mit entsprechender außenwirtschaftlicher Absicherung verspricht nicht nur eine faire Kostenaufteilung und einen fairen Wettbewerb im EU-Binnenmarkt, sondern darüber hinaus auch eine dreifache **Dividende:**

- Geringere Tierbestände reduzieren die THG-Emissionen sowohl direkt als auch indirekt durch eine verminderte Futtermittelproduktion.
- Auf diese Weise werden Flächen frei, die für eine umwelt- und klimaverträgliche Nahrungsmittelproduktion erforderlich sind.
- Schließlich kann Weideland, das aus trockengelegten Feuchtgebieten besteht, wiedervernässt werden; dadurch entfiele eine maßgebliche Emissionsquelle.[57]

Auf mögliche Zielkonflikte zwischen Klimaschutz und Tierschutz geht Abschnitt 4 (Klima schützen, ohne Tiere zu quälen) ein.

Die neue Bundesregierung muss deshalb auf EU-Ebene umgehend für eine Treibhausgas-Abgabe auf tierische Produkte sorgen. Verweigert sie den Versuch, sind ihre klimapolitischen Versprechen nichts wert.

LOOK SEVERN SUZUKI
CONFERENCE RIO 92
MONEY IS THE PROBLEM EVER
JUSOS
GREENPEACE ENERGY
ACHTUNG! KLIMAWANDEL
make love not CO2
DIE UHR TICKT
INSEKTEN
Kohle ist KEIN Grund zum ANBAGGERN!
5G
ENERGIE 5G FREE
grünkohl statt braun kohle!
WHERE IS MY HOME?
Kauft kein Torf

3 TIERSCHUTZ, VERBINDLICH STATT FREIWILLIG

Im Unterschied zu den allgemeinen Klimaschutzzielen (2 Grad bzw. 1,5 Grad Ziel), die durch Völkerrecht vorgegeben sind und von der EU in konkrete Emissionsminderungsziele überführt wurden, gibt es für den Tierschutz bisher weder auf EU-Ebene noch in den Mitgliedstaaten „ambitionierte“ Ziele, um die Vorgaben des europäischen Primärrechts (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, AEUV, Artikel 13), internationale Vereinbarungen (Welt-Tiergesundheitsorganisation OIE) oder – im Fall von Deutschland – des Artikels 20a Grundgesetz konsequent zu erfüllen.
Um diesen unhaltbaren Zustand zu ändern, hat die von der Bundesregierung eingesetzte Borchert-Kommission[58] Empfehlungen vorgelegt, die von der „Zukunftskommission Landwirtschaft“ (ZKL) weitestgehend übernommen.

Laut ZKL würden diese Empfehlungen „in ihrem Kern eine langfristige Verbesserung des Tierwohls (...) mit einer (...) verlässlichen Finanzierungslösung verbinden“.[59] Doch weder die Tierschutz- noch die Finanzierungsvorschläge können überzeugen.

Mehr Tierschutz soll allein durch „Input“-Faktoren (tierfreundlichere Ställe, mehr Platz, Klimazonen, idealerweise Zugang zu Auslauf) erreicht werden. Es **fehlt jedoch die notwendige Erfolgskontrolle an den Tieren selbst** („Output“), wie es z.B. durch die Untersuchung von Schlachtkörpern oder Milch möglich wäre, die beide objektive Hinweise auf die Gesundheit/Krankheit und das Wohlbefinden/Leiden der Tiere liefern können. Denn ebenso wichtig wie die Beschaffenheit des Stalls sind permanente qualifizierte Betreuung, Einfühlungsvermögen und ein "gutes Auge" z.B. für Krankheitsanzeichen der Tiere, um Schmerzen, Leiden und Schäden von den Tieren bestmöglich fernzuhalten und dadurch guten Tierschutz zu gewährleisten. Diese objektive Erfolgskontrolle kann nicht, wie es die ZKL vorschlägt, durch „betriebliche Tierschutz-Eigenkontrollen“ ersetzt werden.[60]

Die Maßnahmen sollen laut Borchert-Kommission/ZKL lediglich freiwillig und auf unterschiedlichen Anforderungsniveaus durchgeführt, sowie durch ein entsprechend gestuftes „Tierwohl-Label“ vermarktet werden.[61] Zwischenzeitlich hat der Bundesrechnungshof bezüglich dieser, auch von der Bundesregierung verfolgten Label-Strategie kritisiert, dass seitens der Bundesregierung "alternative, wirksamere und möglicherweise wirtschaftlichere Optionen" nicht in Betracht gezogen wurden.[62]

Die Umsetzung der Vorschläge der Borchert-Kommission (und damit auch der ZKL) soll sich über die nächsten zwei Jahrzehnte und mehr erstrecken.[63] Sie genügen bezüglich ihrer in Aussicht gestellten Tierschutzleistungen jedoch weder den von der Welttiergesundheitsorganisation (OIE)[64] formulierten, auch von Deutschland (und allen EU-Mitgliedstaaten) unterzeichneten, Anforderungen für ein Mindestmaß an wissenschaftsbasiertem Tierschutz noch dem europäischen Primärrecht in Art. 13 AEUV[65], wonach alle Tiere als „fühlende Wesen“ zu behandeln sind. Zudem wird das im deutschen Grundgesetz in Artikel 20a formulierte „Staatsziel Tierschutz“, das ebenfalls auf jedes Tier anzuwenden ist, missachtet.

Auch die vorgeschlagenen **Finanzierungswege** stellen sich problematisch dar. So stoßen die Subventionen, mit denen die Landwirte für den Anstieg ihrer variablen Produktionskosten infolge der geänderten Stallbauvorgaben entschädigt werden sollen, auf erhebliche Bedenken bezüglich ihrer Vereinbarkeit mit den Subventionsregeln der EU[66]: **Der vorgeschlagene Planungshorizont von 20 Jahren für Investitionen in Produktionsanlagen wie Ställe kollidiert mit EU-Recht, demzufolge Subventionszahlungen nicht länger als sieben Jahre garantiert werden können.**[67]

Zudem dürfen die normativen Tierschutz-Anforderungen in der EU über den gesamten Zeitraum von zwanzig Jahren nicht gleich hoch oder gar höher werden, als die von der Borchert-Kommission vorgeschlagenen Kriterien.

Ein weiteres Problem ist, dass diese Subventionen praktisch keine Lenkungswirkung auf die Entscheidungen der Verbraucher:innen haben, ihren Konsum von tierlichen Lebensmitteln insgesamt zu reduzieren – was für die Erreichung der deutschen und EU-Klimaschutzziele notwendig ist. (Siehe auch Abschnitt 2 - Weniger Fleisch, mehr Klimaschutz - in diesemDokument.)

Auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vom bisher reduzierten auf den vollen Satz dürfte nur geringe Lenkungswirkungen entfalten. Zudem würde sie den Preisabstand zwischen billigstem und aufwändigstem Erzeugungsstandard vergrößern und könnte nicht direkt an die Landwirte weitergegeben werden.

Lediglich eine Konsumabgabe (egal ob „Tierschutzabgabe“ oder „Klimaabgabe“) kann bei geeigneter Höhe (und kontinuierlichem Anstieg) sukzessive Lenkungswirkung hin zu geringerem Fleischkonsum entfalten.

Folgte die neue Bundesregierung den Vorschlägen von Borchert-Kommission und ZKL, entschiede sie sich für den Weg der jahrzehntelangen Freiwilligkeit vermeintlich höherer, dennoch ungenügender Tierschutz-Standards. Sie müsste zudem versuchen, Änderungen des EU-Beihilferechts zu erwirken, um entgegen der geltenden zeitlichen Befristung von nationalen Subventionen auf sieben Jahre über den gesamten von der ZKL (gemäß Borchert-Kommission) vorgeschlagenen Zeithorizont von mindestens zwanzig Jahren Subventionen ausschütten zu dürfen. Die Erfolgsaussichten dafür sind aus mehreren Gründen eher ungünstig.[68]

Für den Tierschutz in Deutschland und in der EU insgesamt würde die neue Bundesregierung mehr erreichen, wenn sie ihren großen Einfluss in Europa dafür nutzte, schnellstmöglich eine Mehrheit der EU-Staaten für verbindliche, höhere europäische Tierschutzstandards zu mobilisieren.[69] Diese müssten dem europäischen Primärrecht (Art. 13 AEUV) und internationalen Tierschutzvereinbarungen (OIE) entsprechen.

Bis heute sind der Schutz von Klima, Tieren und Umwelt keine primärrechtlich verankerten Ziele der EU-Agrarpolitik.[70] Und obwohl die EU-Kommission inzwischen kommuniziert, die GAP solle „zur Bekämpfung des Klimawandels und zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen beitragen“, erwähnt sie den Schutz der landwirtschaftlich genutzten Tiere nicht ausdrücklich.[71] Es überrascht daher nicht, dass mindestens fünfzehn zwischen 1998 und 2014 im Auftrag von EU-Kommission oder EU-Parlament erstellte wissenschaftliche Studien über Missstände und Regulierungsbedarf zum Schutz von Nutztieren in der EU nicht zu entsprechender Gesetzgebung führten – offenbar auf Druck der Agrar-

und Ernährungsindustrie.[72]

Aus demselben Grund ist die jüngste GAP-Reform nicht nur für Umwelt- und Klimaschutz, sondern auch für den Tierschutz eine verpasste Chance. Und die alte Bundesregierung hat weder die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 2020 noch die Verhandlungen über die GAP-Reform 2020/21 genutzt, um den Tierschutz in der EU substanziell voranzubringen.

Beabsichtigt man seitens EU-Kommission und Europäischem Rat (Mitgliedstaaten), den Schutz der Tiere von freiwilligen Kaufentscheidungen der Verbraucher:innen abhängig zu machen, so sollte man der Ehrlichkeit halber die Anforderungen von Artikel 13 im Europäischen Primärrecht streichen. Desgleichen gilt für die Staatszielbestimmung des Tierschutzes in Artikel 20a des deutschen Grundgesetzes.

Immerhin führt die EU-Kommission derzeit einen „Fitness check“ der EU-Tierschutzgesetzgebung durch[73] und hat in Reaktion auf die erfolgreiche europäische Bürgerinitiative zur Beendigung der Käfighaltung „End the Cage Age“ im Sommer 2021 angekündigt, bis 2023 entsprechende Legislativvorschläge vorzulegen. Somit erscheint ein vollständiges Verbot aller Käfige (z.B. für Hühner, Kaninchen, Muttersauen) möglich. Derzeit werden EU-weit etwa 300 Millionen Nutztiere in Käfigen gehalten.[74] Das ist ein überfälliger, aber längst nicht ausreichender Schritt, den die Kommission in ihrer Mitteilung über die Initiative "End the Cage Age" (Ende des Käfigzeitalters) allerdings insofern einschränkt, als dass alle sich daraus ergebenden Konsequenzen für den Außenhandel mit Drittstaaten "unter vollständiger Einhaltung der WTO-Regeln" erfolgen müssen.[75,76]

Da Tierschutz nach Definition der Welthandelsorganisation (WTO) (noch) kein öffentliches Gut ist, das einseitige Grenzschutzmaßnahmen erlaubt, muss die EU alle Spielräume ausschöpfen und notfalls handelspolitische Konflikte auf WTO-Ebene in Kauf nehmen, damit Tierschutzziele künftig auch im Welthandel durchgesetzt werden können.

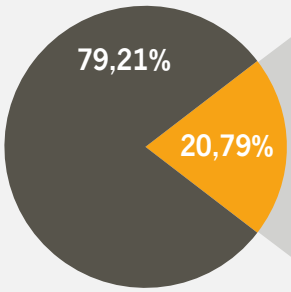
Das Verbot aller Käfige könnte ein erster Schritt sein. Die neue Bundesregierung hätte darin eine Chance, um auch weitere in allen Mitgliedstaaten bekannte Missstände und Unzulänglichkeiten im Tierschutz auf die Tagesordnung zu setzen und zu beseitigen. Denn der Europäische Rat (Mitgliedstaaten) hat in seinen im Dezember 2019 vorgelegten „Schlussfolgerungen zum Tierschutz…“[77] ausdrücklich eingestanden, dass die „bestehenden EU-Rechtsvorschriften zum Tierschutz (…) nicht umfassend“ sind und dass „Schwächen bei der Durchsetzung der Rechtsvorschriften“ auch auf unpräzise Regelungstexte zurückzuführen sind, die von Mitgliedstaaten und Rechtsunterworfenen unterschiedlich ausgelegt werden.[78]

Im Jahr 2015 hatte der „Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik (WBA)“ beim BMEL festgestellt: „Die derzeitigen Haltungsbedingungen eines Großteils der Nutztiere sind nicht zukunftsfähig.“[79] Gebessert hat sich seitdem nichts, obwohl die Missstände in der Praxis mit Händen zu greifen sind [80]: Routinemäßig werden Ringelschwänze und Schnäbel gestutzt, Muttersauen in engste Käfige (Kastenstände, „Ferkelschutzkörbe“) gepfercht und immer mehr Mastschweine ausschließlich auf Betonspaltenböden gehalten. Die Bullenkälber von Hochleistungsmilchkühen sind, wie die Hahnenküken von Hochleistungslegehennen, System-Abfall, der irgendwie, Hauptsache billig, weg muss, weil sie kaum Fleisch ansetzen und ihre Mast unwirtschaftlich ist.

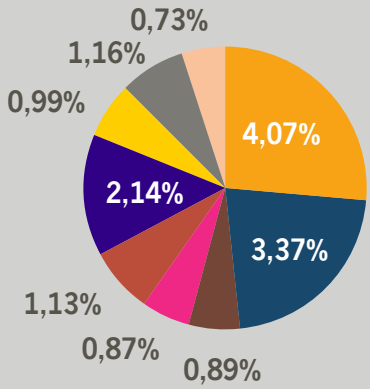
Bei der Schlachtung könnte das massenhafte Leiden in den Ställen objektiv erfasst und Stall-genau ausgewertet werden[81], was jedoch nicht geschieht.[82] Wie dramatisch die Situation ist, lässt sich deshalb nur anhand wissenschaftlicher Studien[83] oder den Veröffentlichungen des Schlachtkonzerns VION abschätzen, wonach bei fast 40 % der zum Zeitpunkt der Schlachtung gerade einmal sieben Monate alten Schweine bzw. bei über 20 % der geschlachteten Rinder „Organbefunde“ festgestellt werden, die eindeutig auf durchlebte Krankheiten zurückgehen[84]:

QUARTAL 2 2021 VION (DE):
FLEISCHUNTERSUCHUNG — ORGANBEFUNDE

RINDER



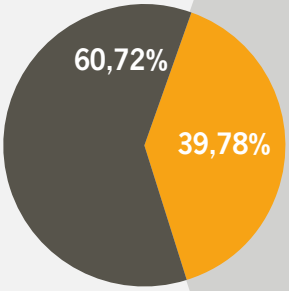
DETAILINFORMATION:



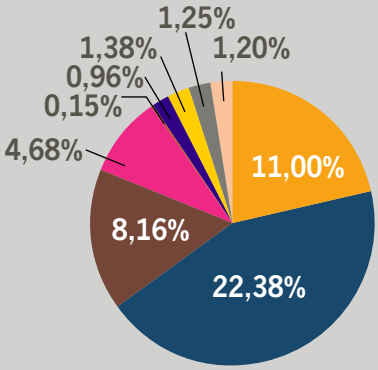
- Leber
- Lunge
- Brustfell
- Herzbeutel, Herz
- Gelenk
- Abszess
- Darm
- Parasiten
- Niere

QUARTAL 2 2021 VION (DE):
FLEISCHUNTERSUCHUNG — ORGANBEFUNDE

SCHWEINE



DETAILINFORMATION:



- Leber
- Lunge
- Brustfell
- Herzbeutel
- Haut
- Gelenk
- Abszess
- Darm
- Hilfsschleimbeutel

4 KLIMA SCHÜTZEN, OHNE TIERE ZU QUÄLEN

Konsequente Klimaschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft ohne konsequente Berücksichtigung und Durchsetzung von moralisch, wissenschaftlich und normativ gebotenen Tierschutzzielen hätten mit hoher Wahrscheinlichkeit fatale Konsequenzen für die Nutztiere. Denn eine noch stärkere Fokussierung auf Leistungs-/Effizienzsteigerung der Tiere, um den CO_2e-Abdruck je Kilogramm erzeugtem Produkt zu verringern, hätte unweigerlich eine noch stärkere Über-Belastung der Tiere als heute zur Folge. Ein weiterer Anstieg der Produktionskrankheiten, also von vermeidbaren Schmerzen, Leiden und Schäden der Tiere wäre geradezu programmiert.
Andererseits kann und muss die politische Verknüpfung beider Ziele dazu führen, dass die EU-Landwirtschaft sowohl ihren notwendigen Beitrag zu den CO_2e-Verringerungen auf dem Weg zur Klimaneutralität leistet, als auch das überfällige, heute noch „ambitioniert“ anmutende Tierschutzniveau durchsetzt.

Deutlich weniger, aber endlich angemessen geschützte Tiere auf Europas Bauernhöfen würden weniger CO_2e emittieren, bisher für den Futteranbau benötigte Flächen und trockengelegte Moorstandorte könnten umwelt- und klimafreundlich behandelt werden. (Siehe auch Abschnitt 2 - Weniger Fleisch, mehr Klimaschutz - in diesem Dokument.)

Die neue Bundesregierung hat es in der Hand, Klimaschutz und Tierschutz positiv zu gestalten. Die Empfehlungen der ZKL helfen ihr dabei nicht weiter, weil sie an den entscheidenden Punkten zu unkonkret sind, auf die ungeeigneten Borchert-Empfehlungen setzen oder die Problematik vollständig unter den Tisch fallen lassen.

5 KOSTEN FAIR VERTEILEN

Eine Agrarproduktion, die den Zielen ambitionierten Klima- und Tierschutzes gerecht wird, ist teurer als die bislang übliche Art und Weise der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte. Die ZKL geht von jährlich zusätzlichen Kosten in Deutschland in Höhe von „kurzfristig 5 bis 9 Milliarden Euro“ und „perspektivisch 1,5 bis 5,5 Milliarden Euro“[85] aus – zusätzlich zu den Subventionen in Höhe von gut 6 Milliarden Euro, die aus dem EU-Haushalt bereits jetzt in Form von GAP-Zahlungen nach Deutschland fließen. Dieses Geld soll einer umweltgerechteren Produktion dienen: Im Wesentlichen dem Ausbau der ökologischen Landwirtschaft auf 20 Prozent der Fläche bis 2030 (der Flächenanteil beträgt in Deutschland gegenwärtig etwa 10 Prozent[86] und die EU-Kommission strebt in ihrer „Farm to Fork“ Strategie einen Ökolandbau-Flächenanteil in der EU von 25% bis 2030 an)[87]), der Wiedervernässung von Mooren, der Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und der Verbesserung des Tierschutzes.[88]

Abgesehen davon, dass die veranschlagte Höhe der zusätzlichen Kosten zu niedrig ist, wenn es gilt, sowohl effektive klimapolitische Maßnahmen wie eine Reduktion des Tierbestandes als auch einen effektiven Tierschutz auf EU-Ebene zu etablieren, ist der Ruf nach noch mehr Subventionen nicht zu begründen. Zur Rechtfertigung zusätzlicher Gelder heißt es im ZKL-Bericht, die Landwirtschaft erbringe dann „Gemeinwohlleistungen im Natur-, Klima-, Arten- und Tierschutz sowie in der Pflege der Kulturlandschaft“[89]. Das ist falsch.

Auch eine umweltverträglichere Landwirtschaft erzeugt keine „Gemeinwohlleistungen“ im Sinne positiver externer Effekte, sondern sie erzeugt allenfalls weniger negative externe Effekte. Dafür eine Entschädigung zu verlangen ist unredlich. Tatsächlich heisst es in dem ZKL-Bericht, das übergeordnete Ziel der Transformation des Landwirtschaftssystems sei lediglich „die möglichst weitgehende Vermeidung von negativen externen Auswirkungen auf Klima, Umwelt, Biodiversität, Tierwohl und menschliche Gesundheit”.[90]

Laut dem Wissenschaftlichen Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) beim BMEL können als „Gemeinwohlleistungen“ nur Leistungen definiert werden, die auf Freiwilligkeit beruhen, also „über das durch Ordnungsrecht vorgegebene Niveau hinausgehen. Die pure Einhaltung ordnungsrechtlicher Standards stellt somit keine Gemeinwohlleistung dar…“.[91]

Mit anderen Worten: Mit ihrem Ruf nach noch mehr Geld für vermeintliche Gemeinwohlleistungen wendet sich die ZKL gegen gesetzliche Standards für eine umweltverträglichere Landwirtschaft.

Gleichwohl, die Produktionskosten in der Landwirtschaft steigen und damit stellt sich die Frage, wer sie tragen soll. Die ZKL fordert zwar eine „faire gesellschaftliche Verteilung“ der Kosten, tatsächlich ist die vorgeschlagene Lösung aber alles andere als fair. Denn die bei den Landwirten anfallenden Kosten für die Minderung der schädlichen Auswirkungen ihres Tuns (für Umwelt, Klima, Tiere) sollen vorwiegend durch Subventionen, also von den Steuerzahlern, finanziert werden. Dadurch wird das Verursacherprinzip auf den Kopf gestellt.

Das Plädoyer der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) dafür, Kosten durch Subventionen auszugleichen, anstatt sie verursachergerecht anzulasten, hätte eine weitreichende Konsequenz: Grenzausgleichsmaßnahmen[92], über die für andere Sektoren auf EU-Ebene längst intensiv diskutiert wird, wären nicht notwendig. Deshalb müsste auch die exportorientierte Landwirtschaft nicht auf den Prüfstand gestellt werden. Dem „Weiter so“ stünde nichts im Weg - ganz im Sinne der Fleischindustrie, geht doch laut Bundesregierung „die Hälfte aller inländischen Schlachtungen in den Export“.[93]

Auch beim Tierschutz verfehlen die Empfehlungen der ZKL das Ziel. Auch hier feiert das Prinzip der Freiwilligkeit fröhliche Urständ. Ein kleines „Luxus-Segment“ geschützter Tiere auf freiwilliger Basis ist aber nicht das, was das Elend der Nutztiere lindert.

Notwendig sind vielmehr ambitionierte EU–weite Tierschutz-Standards für alle Nutztiere. Damit die daraus resultierenden Kosten nicht zu Lasten der heimischen Landwirte gehen, sind auch im Namen einer ambitionierten Tierschutzpolitik Grenzausgleichsmaßnahmen erforderlich, und zwar in Form einer Zertifizierung, die das Niveau der EU-Tierschutz-Politik widerspiegeln. Im Gegensatz dazu fordert die ZKL ein „level playing field” nur im Rahmen zukünftiger EU Handelsverträge. Das ist nicht ausreichend.[94]

Zu guter Letzt rechtfertigt die ZKL die signifikante Erhöhung der Subventionen für die Landwirtschaft auch mit eingesparten Gesundheitskosten und einer besseren Ernährungsweise der Bevölkerung.[95] Allerdings nicht, ohne gleichzeitig Extra-Maßnahmen zu fordern, die sich weitgehend als ineffektiv herausgestellt haben, z.B. mehr „Ernährungsbildung“.[96] Tatsächlich hat eine bessere Ernährung recht wenig mit einer nachhaltigen Landwirtschaft, aber recht viel mit einer konsequenteren Regulierung des Lebensmittelsektors zu tun. Subventionen mit dem Ziel, negative externe Effekte in der Landwirtschaft zu reduzieren, können deshalb nicht mit einer Einsparung von Gesundheitskosten durch eine bessere Ernährung der Bevölkerung gerechtfertigt werden.[97] Der Verzehr von Fleisch von gequälten Tieren hat auf die Gesundheit der Konsumenten den gleichen Effekt wie der Verzehr des Fleisches gut geschützter Tiere.

6 FOODWATCH FORDERUNGEN

1 **Kein nationales Klein-Klein und keine faulen Kompromisse machen:** Die neue Bundesregierung darf sich die faulen Kompromisse von ZKL und Borchert-Kommission nicht zu Eigen machen. Sie muss einsehen, dass der nötige Klimaschutz und Tierschutz NUR auf EU-Ebene erreicht werden können. Das nationale Klein-Klein, wie es Borchert-Kommission und ZKL betreiben, kann angesichts der Wettbewerbssituation im EU-Binnenmarkt und auf dem Weltmarkt nicht zum Erfolg führen.

2 **Landwirtschaft zu echtem Klimaschutz zwingen:** Die neue Bundesregierung muss ihren Einfluss im Europäischen Rat geltend machen, damit die Landwirtschaft ihren zur Erreichung der EU-Klimaziele notwendigen Beitrag leistet – nur so können die offiziell angestrebten Klimaziele der EU und Deutschlands erreicht werden.

3 **Tierschutz wissenschaftsbasiert auf EU-Ebene voranbringen:** Die neue Bundesregierung muss ihren Einfluss im Europäischen Rat geltend machen, um EU-weit wissenschaftsbasierte und am Tier überprüfbare Tierschutzanforderungen gesetzlich zu verankern und durchzusetzen. Die Käfighaltung muss EU-weit umgehend beendet werden.

4 **Tierschutzleistungen EU-weit überprüfbar machen:** Die neue Bundesregierung muss umgehend damit beginnen, Tierschutzvorschriften in der gesamten EU durchzusetzen, die den Kriterien der Welttiergesundheits-Organisation (OIE) entsprechen. Amputationen und nicht-kurative Eingriffe sowie tierschutzwidrige Fütterungs-, Aufzucht- und Haltungsverfahren sind in der EU ausnahmslos zu verbieten. Als Mindeststandard für formale Haltungsbedingungen (Ställe, Platz, Freiluftzugang) müssen die entsprechenden Bestimmungen der VO 2018/48[98] (EU-Ökolandbau-Verordnung neu) für alle Nutztiere in der EU gelten. Um die tatsächlichen Tierschutzleistungen objektiv und stallgenau zu beurteilen, muss ein EU-weites Tiergesundheitsmonitoring für alle Nutztiere gesetzlich eingeführt werden, in dem Schlachtbefunde, Ergebnisse von Milchleistungsprüfung etc. ausgewertet werden.

5 **Subventionierte Freiwilligkeit stoppen:** Die Ziele bei Klimaschutz und Tierschutz können nicht durch „noch mehr“ Subventionen und finanzielle Anreize für freiwillige Maßnahmen erreicht werden, sondern nur durch konsequenten regulatorischen Schutz kollektiver Güter im gesamten EU-Binnenmarkt und durch konsequente Grenzausgleichsmaßahmen.

6 **Klimaschutz nicht gegen Tierschutz ausspielen:** Die Ziele von Klimaschutz und Tierschutz sind nicht immer kongruent. Weder dürfen Klimaschutzziele auf Kosten des Tierschutzes (Höchstleistungen vs. Tiergesundheit) gehen noch dürfen mehr Tiere gehalten werden, als es die Klimaschutzziele erlauben. Technischer Fortschritt ist wünschenswert, darf aber weder zu Lasten der Tiere noch des Klimas noch der Allgemeinheit (Monopolisierung, Patente) gehen.

7 **Klimaschutzziele durch massive Senkung der Tierzahlen erreichen:** Die für die Erreichung der Klimaschutzziele unbedingt notwendige deutliche Senkung der Tierzahlen (insbes. Wiederkäuer wg. Methan) muss durch EU-weit gleich hohe Abgaben auf Konsum und Export erfolgen. Die Abgabe muss differenziert nach den Treibhausgasemissionen der verschiedenen Nutztierarten gestaltet sein und eine für die Zielerreichung notwendige Lenkungswirkung auf Konsum und Erzeugung haben. Um diesen Effekt zu erzielen, muss die Abgabe perspektivisch eine Größenordnung von 200 Euro je Tonne CO_2e erreichen.

8 **Kostenfairness im Binnenmarkt schaffen:** Die neue Bundesregierung muss ein konsequentes regulatorisches Vorgehen von EU-Kommission und Mitgliedstaaten für Kostenfairness im gesamten EU-Binnenmarkt durchsetzen. Die höheren Erzeugungskosten einer tierschutzgerechten Produktion müssen transparent gemacht werden mit dem Ziel, dass die Erzeuger diese Kosten auf die nachgelagerten Stufen (Schlacht-, Milch,- Eiprodukten-industrie sowie LEH) überwälzen können, also bezahlt bekommen.

9 **Klima- und Tierschutz bei der WTO durchsetzen:** Die neue Bundesregierung muss darauf hinwirken, dass eine WTO-konforme Ausgestaltung der Klimaschutzmaßnahmen in der EU-Landwirtschaft und eine außenwirtschaftliche Absicherung der mit zusätzlichen Kosten verbundenen höheren EU-Tierschutzanforderungen erfolgt. Bezüglich der Tierschutzanforderungen bedeutet dies, dass beim Import in die EU eine Nachweispflicht (durch einen öffentlich kontrollierten Zertifizierungsprozess) vorzuschreiben ist, welche Konformität mit EU-weit geltenden Tierschutzvorschriften garantiert.
Alle zum Export bestimmten Produkte müssen ebenfalls den geforderten neuen EU-Tierschutzvorschriften entsprechen, um „Tierschutz-Leakage“ und Zwei-Klassen-Tierschutz zu verhindern. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die EU-Kommission bei der WTO diese Tierschutz-Grenzausgleichsmaßnahmen durchsetzt, obwohl Tierschutz nach WTO-Definition (noch) kein öffentliches Gut ist. Das muss notfalls auch im Konflikt mit anderen WTO-Partnern geschehen.

FRANKO KUHL

10 **Keine Ausreden!** Wiederholt haben deutsche Regierungen das Gewicht Deutschlands in der EU in die Waagschale geworfen, um Maßnahmen und Regulierung im Interesse hiesiger Wirtschaftsakteure zu erreichen. Die neue Bundesregierung muss ihr ganzes Gewicht von Tag Eins an dafür einsetzen, dass die deutsche und die gesamte EU-Landwirtschaft schnellstmöglich eine das Klima, die natürlichen Ressourcen und die Tiere bestmöglich schützende und schonende Gesamtausrichtung erhält.

Angesichts der massiven Schadwirkungen der derzeitigen Landwirtschaft darf damit weder auf die nächste GAP-Reform gewartet noch darf weitere Zeit vergeudet werden, indem die faulen Kompromisse der ZKL zur Richtschnur des Handelns gemacht werden.

Nie gab es in der Agrar- und Ernährungspolitik mehr zu tun. Nie war ein (wie auch immer bemänteltes) "Weiter so" schädlicher und unvernünftiger.

Die nächste Generation der Landwirt:innen benötigt Zeit und Planungssicherheit, um die Herausforderungen zu meistern.

Die Zeit der Ausreden ist vorbei!

FUSSNOTEN

1 Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht 149. Sitzung, 8. Februar 2001, S. 14520, siehe: https://dserver.bundestag.de/btp/14/14149.pdf (abgerufen 12.11.2021)

2 Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht 149. Sitzung, 8. Februar 2001, S. 14523, siehe: https://dserver.bundestag.de/btp/14/14149.pdf (abgerufen 12.11.2021)

3 BMEL „Nutztierstrategie: Zukunftsfähige Tierhaltung in Deutschland", S. 5, siehe: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/Nutztierhaltungsstrategie.pdf;jsessionid=2953427580FF6C8A5EFB70579442E1C5.live841?__blob=publicationFile&v=9 (abgerufen 12.11.2021)

4 BMEL „Nutztierstrategie: Zukunftsfähige Tierhaltung in Deutschland", S. 34f, siehe: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/Nutztierhaltungsstrategie.pdf;jsessionid=2953427580FF6C8A5EFB70579442E1C5.live841?__blob=publicationFile&v=9 (abgerufen 12.11.2021)

5 Ergebnis der Sondierungen zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, S. 4, siehe: https://cms.gruene.de/uploads/documents/Ergebnis-der-Sondierungen.pdf (abgerufen 15.11.2021)

6 Siehe: https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/zukunftskommission-landwirtschaft.html (abgerufen 12.11.2021)

7 Vgl. Übersichtsgrafik in: https://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/landwirtschaft/327284/die-entwicklung-der-gemeinsamen-agrarpolitik-der-eu (abgerufen 12.11.2021)

8 Siehe: https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Landwirtschaft-Forstwirtschaft-Fischerei/Landwirtschaftliche-Betriebe/Tabellen/oekologischer-landbau-bundeslaender.html%3Bjsessionid=CDE474F22D9F6E11E907225A7B4D4DB0.live711 (abgerufen 12.11.2021)

9 Siehe: Bundesregierung, „Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung". Seite 113 https://www.nachhaltigkeit.info/media/1326188329phpYJ8KrU.pdf (abgerufen 16.11.2021)

10 Siehe: https://www.boelw.de/news/bio-handel-europa-usa-2019/ (abgerufen 12.11.2021)

11 Zahlen für Geflügel- und anderes Fleisch aus 2020, siehe: https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/deutsche-kaufen-mehr-bio-fleisch-marktanteil-jedoch-weiter-gering-17200542.html (abgerufen 12.11.2021)

12 Siehe: https://www.bmel-statistik.de/ernaehrung-fischerei/versorgungsbilanzen/fleisch (abgerufen 12.11.2021)

13 Die Fleischexporte stiegen von ca. 1,7 Mio Tonnen in 2001 auf ca. 4,1 Mio Tonnen in 2019, siehe Grafik: https://www.thuenen.de/de/thema/nutztiershyhaltung-und-aquakultur/nutztierhaltung-und-fleischproduktion-in-deutschland/ (abgerufen: 18.11.2021)

14 Siehe: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Umwelt/UGR/landwirtschaft-wald/Publikationen/Downloads/flaechenbelegung-pdf-5851309.pdf?__blob=publicationFile (abgerufen 12.11.2021)

15 Siehe: https://www.bmel-statistik.de/landwirtschaft/landwirtschaftliche-betriebe/ sowie https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Landwirtschaft-Forstwirtschaft-Fischerei/Landwirtschaftliche-Betriebe/Tabellen/betriebsgroessenstruktur-landwirtschaftliche-betriebe.html?view=main[Print] (abgerufen 12.11.2021)

16 Siehe: https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/Tabellen/Basistabelle_LWWertschoepfung.html (abgerufen 18.11.2021)

17 Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU): Sondergutachten „Umweltprobleme der Landwirtschaft" (1985); siehe: https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/1970-2000/1985_SG_Umweltprobleme_der_Landwirtschaft.html (abgerufen 12.11.2021)

18 Umweltbundesamt (UBA), Umweltprobleme der Landwirtschaft – 30 Jahre SRU-Sondergutachten, S. 2ff, siehe: https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltprobleme-der-landwirtschaft-30-jahre-sru (abgerufen 12.11.2021)

19 Siehe: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/GAP-GrundsatzfragenEmpfehlungen.pdf?__blob=publicationFile&v=3, S. I. (abgerufen 12.11.2021)

20 https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR20_13/INSR_Biodiversity_on_farmland_DE.pdf (abgerufen 16.11.2021)

21 https://www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=59355 (abgerufen 16.11.2021)

22 https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR21_16/INSR_CAP-and-Climate_DE.pdf (abgerufen 16.11.2021)

23 https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/geringe-umweltwirkung-hohe-kosten

24 Eigene Übersetzung, im englischen Original: „The pressures on and threats to all terrestrial species, habitats and ecosystems most frequently reported by Member States are associated with agriculture.", S. 82 in: https://www.eea.europa.eu/soer/publications/soer-2020 (abgerufen 12.11.2021) Zusammenfassung des EEA-Reports auf Deutsch siehe: https://www.eea.europa.eu/soer/de/publications/die-umwelt-in-europa-zustand (abgerufen 12.11.2021)

25 https://www.topagrar.com/management-und-politik/news/landwirte-erbringen-wichtige-leistungen-fuer-das-land-9523929.html (abgerufen 12.11.2021)

26 https://www.dvgw.de/themen/umwelt/nitrat-im-wasser (abgerufen 12.11.2021)

27 Siehe S. 3 in: https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:ea0f9f73-9ab2-11ea-9d2d-01aa75ed71a1.0003.02/DOC_1&format=PDF (abgerufen 12.11.2021)

[28] https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/zukunftskommission-landwirtschaft-umsetzen-zehn-agrar-und-umweltverbaende-appellieren-an-sondierende-parteien/ (abgerufen 12.11.2021)
[29] https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/abschlussbericht-zukunftskommission-landwirtschaft.pdf;jsessionid=E7859E530E51C9C515DEE7498ECBE095.live852?__blob=publicationFile&v=9 (abgerufen 12.11.2021)
[30] https://news.un.org/en/story/2021/10/1103082 (abgerufen 12.11.2021)
[31] https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CONSIL:PE_27_2021_REV_1&qid=1625639536607&from=DE (abgerufen 12.11.2021)
[32] https://www.gesetze-im-internet.de/ksg/ (abgerufen 12.11.2021)
[33] https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-den-treibhausgas#treibhausgas-emissionen-aus-der-landwirtschaft (abgerufen 12.11.2021)
[34] Öko-Institut (im Auftrag von Greenpeace): „Landwirtschaft auf dem Weg zum Klimaziel, Maßnahmen für Klimaneutralität bis 2045 , S.13. Siehe: https://www.greenpeace.de/presse/publikationen/landwirtschaft-auf-dem-weg-zum-klimaziel (abgerufen 16.11.2021)
[35] Land Use, Land Use Change and Forestry (deutsch: Landnutzung, Landnutzungsänderung, Forstwirtschaft)
[36] Grethe et al: Klimaschutz im Agrar- und Ernährungssystem Deutschlands, S. 2. Siehe: https://www.stiftung-klima.de/app/uploads/2021/06/2021-06-01-Klimaneutralitaet_Landwirtschaft.pdf (abgerufen 12.11.2021)
[37] Siehe S. 6 in: https://www.germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/Kurzstudie%20%27Verbesserung%20des%20Beitrags%20der%20GAP%20zum%20Klimaschutz%20in%20der%20EU%27%20-%20Entwurf.pdf (abgerufen 12.11.2021)
[38] https://ec.europa.eu/clima/eu-action/effort-sharing-member-states-emission-targets/effort-sharing-2021-2030-targets-and-flexibilities_de (abgerufen 16.11.2021)
[39] Grethe et al: Klimaschutz im Agrar- und Ernährungssystem Deutschlands, S. 4. Siehe: https://www.stiftung-klima.de/app/uploads/2021/06/2021-06-01-Klimaneutralitaet_Landwirtschaft.pdf (abgerufen 12.11.2021)
[40] Öko-Institut (im Auftrag von Greenpeace): „Landwirtschaft auf dem Weg zum Klimaziel, Maßnahmen für Klimaneutralität bis 2045, S.9. Siehe: https://www.greenpeace.de/presse/publikationen/landwirtschaft-auf-dem-weg-zum-klimaziel (abgerufen 16.11.2021)
[41] BMU, Projektionsbericht 2021 für Deutschland, S. 289f. Siehe: https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/projektionsbericht_2021_bf.pdf (abgerufen 16.11.2021). Der Projektionsbericht modelliert die Auswirkungen aktueller politischer Maßnahmen für zukünftigen THG-Emissionen auf 369 Seiten. Es handelt sich um ein von einem Forschungskonsortium im Auftrag des Umweltbundesamtes und des Bundesumweltministeriums angefertigtes Dokument. Der Bericht ist mit den betroffenen Ministerien abgestimmt.-
[42] Sektorziele laut Anhang 2 des novellierten Bundes-Klimaschutzgesetzes im Vergleich zur ursprünglichen Fassung des Gesetzes. Ehemalige Sektorziele zitiert aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021, RZ 14. Siehe: https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.html;jsessionid=EB4DCB41032F9CD53F3F59F456E1F121.2_cid377 (abgerufen 16.11.2021)
[43] BMU, Projektionsbericht der Bundesregierung: https://www.bmu.de/download/projektionsbericht-der-bundesregierung-2021 (abgerufen 16.11.2021) Für die verwendeten Zahlen vergleiche S. 26 und S. 289. Siehe: https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/projektionsbericht_2021_bf.pdf (abgerufen 16.11.2021).
[44] https://earth.stanford.edu/news/global-methane-emissions-soar-record-high#gs.f1tzni sowie https://www.dvgw.de/themen/umwelt/methan-emissionen (abgerufen 12.11.2021)
[45] https://www.ccacoalition.org/en/resources/global-methane-pledge (abgerufen 16.11.2021) In dem Dokument ist die Rede von „ seeking abatement of agricultural emissions“.
[46] https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_20_1834 (abgerufen 12.11.2021)
[47] ZKL, S. 81. Siehe: https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1939908/39f791fc6a9ff293ae520e2fea41baa7/2021-07-06-zukunftskommission-landwirtschaft-data.pdf?download=1 (abgerufen 12.11.2021)
[48] Siehe Unterpunkt „Verkaufserlöse der Landwirtschaft nach Erzeugnissen" auf: https://www.bmel-statistik.de/landwirtschaft/landwirtschaftliche-gesamtrechnung (abgerufen 12.11.2021)
[49] ZKL, S. 94f. Siehe: https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1939908/39f791fc6a9ff293ae520e2fea41baa7/2021-07-06-zukunftskommission-landwirtschaft-data.pdf?download=1 (abgerufen 12.11.2021)
[50] Laut Rechnung der ZKL, S. 122. Siehe: https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1939908/39f791fc6a9ff293ae520e2fea41baa7/2021-07-06-zukunftskommission-landwirtschaft-data.pdf?download=1 (abgerufen 12.11.2021)
[51] https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/210128_bedeutung_der_zielsetzung_klimaneutralitaet_fuer_den_landwirtschaftssektor.pdf , S.9. „Bis zum Jahr 2045 braucht ein klimaneutrales Deutschland mindestens die Halbierung der Emissionen aus dem Landwirtschaftssektor. Dies bedeutet eine deutliche Verringerung des Tierbestands und eine Änderung der Flächennutzung, womit auch eine konsequente Moorvernässung möglich wird". Desweiteren Grethe et al: Klimaschutz im Agrar- und Ernährungssystem Deutschlands, S. 62 13 f. „Der Rückbau von Produktion und Konsum sollte dabei in ähnlicher Geschwindigkeit erfolgen. In diesem Gutachten wird beispielhaft ein Zielbild für 2045 entworfen, bei dem ein Rückgang des ProKopf-Konsums um 15% bei Geflügelprodukten, um 35% bei Schweinefleisch und Milchprodukten und um 50% bei Rindfleisch zu einer Verringerung der Treibhausgasemissionen aus der Eiweißversorgung um ca. 35% führt." https://www.stiftung-klima.de/app/uploads/2021/06/2021-06-01-Klimaneutralitaet_Landwirtschaft.pdf (abgerufen 12.11.2021)

52 https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-wirtschaft/gesellschaftliche-kosten-von-umweltbelastungen#klimakosten-von-treibhausgas-emissionen (abgerufen 12.11.2021)

53 Nach Grethe et al: Klimaschutz im Agrar- und Ernährungssystem Deutschlands..., S. 51, verändert. Siehe: https://www.stiftung-klima.de/app/uploads/2021/06/2021-06-01-Klimaneutralitaet_Landwirtschaft.pdf (abgerufen 12.11.2021)

54 https://foes.de/publikationen/2018/201803-Instrumente-zur-Senkung-der-Fleischproduktion.pdf, S. 4 (abgerufen 12.11.2021)

55 https://www.gesetze-im-internet.de/behg/BJNR272800019.html (abgerufen 12.11.2021)

56 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_21_3661 (abgerufen 14.11.2021)

57 Vgl. https://greifswaldmoor.de/files/images/pdfs/201908_Broschuere_Klimaschutz%20auf%20Moorb%C3%B6den_2019.pdf (abgerufen 16.11.2021) Allerdings sollen die Emissionen durch Wiedervernässung von Moorböden bis 2030 noch nicht einmal um 10% sinken – siehe S.6 in: https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Naturschutz/blzv_moorbodenschutz_bf.pdf (abgerufen 16.11.2021)

58 https://www.bmel.de/DE/themen/tiere/nutztiere/umbau-nutztierhaltung.html (abgerufen 12.11.2021)

59 Vgl. ZKL, S. 107ff, Zitat auf S. 108. Siehe: https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1939908/39f791fc6a9ff293ae520e2fea41baa7/2021-07-06-zukunftskommission-landwirtschaft-data.pdf?download=1 (abgerufen 12.11.2021)

60 ZKL, S. 109. https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1939908/39f791fc6a9ff293ae520e2fea41baa7/2021-07-06-zukunftskommission-landwirtschaft-data.pdf?download=1 (abgerufen 12.11.2021)

61 Zunächst soll das „Tierwohl"-Label nur in Deutschland, ab 2025 dann EU-weit auf freiwilliger Basis eingeführt werden. Siehe Borchert Kommission, S. 12 in: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Tiere/Nutztiere/200211-empfehlung-kompetenznetzwerk-nutztierhaltung.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (abgerufen 12.11.2021)

62 Vgl. https://www.digitalmagazin.de/marken/landforst/hauptheft/2021-14/tierhaltung/044_agrarministerium-und-bundesrechnungshof-streiten-um-tierwohllabel, sowie https://www.agrarheute.com/politik/exklusiv-bundesrechnungshof-schiesst-julia-kloeckners-tierwohllabel-ab-579646 (abgerufen am 12.11.2021)

63 Bis 2040 sollen lediglich 10 % der Nutztiere gemäß den Anforderungen der höchsten Stufe 3 (Premium, vergleichbar Ökohaltung) gehalten werden, die anderen Tiere in einer dann gesetzlich vorgeschriebenen Stufe 2, welche mehr Platz und „Klimazonen möglichst mit Kontakt zu Außenklima" vorsieht. Die konsequente Erfassung und Verhinderung von Schmerzen, Leiden und Krankheiten der Tiere sind keine Kriterien. Siehe Empfehlungen Borchert Kommission, S. 12: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Tiere/Nutztiere/200211-empfehlung-kompetenznetzwerk-nutztierhaltung.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (abgerufen 12.11.2021)

64 Siehe: https://www.oie.int/en/what-we-do/animal-health-and-welfare/animal-welfare/

65 https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:12012E/TXT:de:PDF (abgerufen 12.11.2021)

66 Für Einzelheiten siehe Finanzierungsoptionen zur Förderung von mehr Tierwohl - Machbarkeitsstudie zu den Borchert-Empfehlungen: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Tiere/Nutztiere/machbarkeitsstudie-borchert-tabelle.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (abgerufen 12.11.2021)

67 Vgl. Machbarkeitsstudie zu den Borchert-Empfehlungen, S. 112. Siehe: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Tiere/Nutztiere/machbarkeitsstudie-borchert.pdf;jsessionid=DF21C766E4205185F78B8ABAFC2A728A.live922?__blob=publicationFile&v=11 (abgerufen 12.11.2021)

68 EU-Mitgliedstaaten, die z.B. mit Deutschland in der Schweinefleischproduktion konkurrieren (insbes. ES, NL, DK) werden die Umsetzung höherer Tierschutzstandards in Deutschland als Schwächung eines wichtigen Konkurrenten sehen und daher kaum Ausnahmen von den EU-Rechtsvorschriften zustimmen, die Deutschland nationale Subventionen ermöglichen würden, um seine Wettbewerbsposition zu erhalten. Sie wären verständlicherweise besorgt, dass Deutschland diese Subventionen nutzen könnte, um den deutschen Tierhaltern einen überhöhten Ausgleich zu gewähren und ihnen mehr Beihilfen zukommen zu lassen, als durch die höheren Kosten für die Einhaltung höherer Tierschutzstandards gerechtfertigt sind - und so den Wettbewerb auf den EU-Märkten zu verzerren. Von anderen Mitgliedstaaten wäre zumindest zu gewärtigen, dass sie einen hohen Preis für ihre Zustimmung verlangen.

69 Eine dahingehende, wenn auch bei weitem nicht ausreichende Initiative hat die scheidende Bundesregierung Mitte Oktober 2021 beim Agrarrat vorgelegt, vgl. https://www.agrar-presseportal.de/nachrichten/eu-tierschutzrecht_meldungen.html (abgerufen 12.11.2021)

70 Vgl. AEUV Art. 39, 40. Siehe: https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:12012E/TXT:de:PDF (abgerufen 16.11.2021)

71 https://ec.europa.eu/info/food-farming-fisheries/key-policies/common-agricultural-policy/cap-glance_de (abgerufen 12.11.2021)

72 Siehe S. 22 in: https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2017/583114/IPOL_STU(2017)583114_DE.pdf (abgerufen 12.11.2021)

73 https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12400-Tierschutz-Bewertung-der-EU-Vorschriften-Eignungspruefung-_de (abgerufen 12.11.2021)

74 Detaillierte Übersicht nach Mitgliedstaaten und Tierarten siehe S.15 in: https://www.ciwf.org.uk/media/7434596/end-the-cage-age-why-the-eu-must-stop-caging-farm-animals.pdf (abgerufen 12.11.2021)

75 Vgl. S. 16 der Mitteilung der EU-Kommission C(2021)4747auf die EBI „End the cage age" vom 30.06.2021. Siehe: https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12842-Tierschutz-Europaische-Burgerinitiative-Schluss-mit-der-Kafighaltung-End-the-Cage-Age-_de (abgerufen 16.11.2021)

76 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/QANDA_21_3298 (abgerufen 12.11.2021)

77 https://www.consilium.europa.eu/media/41863/st14975-en19.pdf (abgerufen 12.11.2021)
78 Vgl. Nr. 10 in: https://www.consilium.europa.eu/media/41863/st14975-en19.pdf (abgerufen 12.11.2021)
79 „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung", Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, siehe: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/GutachtenNutztierhaltung.html (abgerufen 16.11.2021)
80 Vgl. Wolfschmidt, Das Schweinesystem, Frankfurt/Main (2016)
81 Vgl. Abstract in: Scientific Opinion on the use of animal-based measures to assess welfare of dairy cows. Siehe: https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/10.2903/j.efsa.2012.2554 (abgerufen 12.11.2021) Inzwischen wurden von amtstierärztlicher Seite darüber hinaus auch Kontrollen in den Tierkörperbeseitigungsanlagen gefordert: https://www.amtstierarzt.de/verbandsnachrichten/1222-die-leiden-der-nutztiere-kontrollen-in-tierkoerperbeseitigungsanlagen-gefordert (abgerufen 12.11.2021)
82 Vgl. Gemeinsames Positionspapier von foodwatch, Greenpeace und Vier Pfoten vom September 2018: https://www.foodwatch.org/fileadmin/Themen/Tierhaltung/Dokumente/2018-09-03_Positionspapier_Tiergesundheit.pdf (abgerufen 12.11.2021)
83 Siehe https://www.foodwatch.org/fileadmin/Themen/Tierhaltung/Schweinesystem/2016-09-22_Ausgewaehlte-Studien-zur-Tiergesundheit.pdf (abgerufen 12.11.2021) Die private QS GmbH hatte erste Ergebnisse ihrer Schlachthof-Monitoringdaten in Reaktion auf eine gemeinsame Pressekonferenz von foodwatch, Greenpeace und Vier Pfoten im September 2018 veröffentlicht, die sich erheblich von der wissenschaftlichen Datenlage (und auch von den durch VION veröffentlichten Daten) unterscheiden: https://www.q-s.de/services/files/pressemeldungen/pm-2018/180913_PM_QS_Systematisches%20Tiergesundheitsmonitoring%20im%20QS.pdf (abgerufen 12.11.2021) Nach Intervention von foodwatch wurden die eigenen Daten seitens der QS GmbH relativierend eingeordnet: https://www.q-s.de/pressemeldungen/qs-berechnet-tiergesundheitsindices-schweine.html (abgerufen 12.11.2021)
84 Vgl. Vion Übersichtsgrafiken der Kontrollergebnisse für Schweine: https://www.vion-transparency.com/wp-content/uploads/sites/10/2021/09/210524_VIO_CAM_Keuringsresultaten-DE-Varken-Organbefunde-Q2-V1.jpg (abgerufen 12.11.2021) sowie für Rinder: https://www.vion-transparency.com/de/kontrollergebnisse/kontrollergebnisse-rinder/ (abgerufen 12.11.201)
85 ZKL, S. 122. Siehe: https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1939908/39f791fc6a9ff293ae520e2fea41baa7/2021-07-06-zukunftskommission-landwirtschaft-data.pdf?download=1 (abgerufen 12.11.2021)
86 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/06/PD21_N040_41.html (abgerufen 12.11.2021)
87 https://www.consilium.europa.eu/en/policies/from-farm-to-fork/ (abgerufen 12.11.201)
88 ZKL, S. 95f sowie S. 147/148f. Siehe: https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1939908/39f791fc6a9ff293ae520e2fea41baa7/2021-07-06-zukunftskommission-landwirtschaft-data.pdf?download=1 (abgerufen 12.11.2021)
89 ZKL, S. 95. Siehe: https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1939908/39f791fc6a9ff293ae520e2fea41baa7/2021-07-06-zukunftskommission-landwirtschaft-data.pdf?download=1 (abgerufen 12.11.2021)
90 ZKL, S.95. Siehe: https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1939908/39f791fc6a9ff293ae520e2fea41baa7/2021-07-06-zukunftskommission-landwirtschaft-data.pdf?download=1 (abgerufen 18.11.2021)
91 Siehe S. 6 (Box 2) in: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/GAP-GrundsatzfragenEmpfehlungen.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (abgerufen 12.11.2021)
92 Analog werden für den Bereich der Klimakosten von importierten Industrieprodukten längst so genannte Carbon Border Adjustment Mechanisms (CBAM) diskutiert.
93 Laut Bundesregierung erzielen die „höchsten Exporterlöse (...) Fleisch und Fleischerzeugnisse mit 9,8 Milliarden Euro. Bis 2006 wurde mehr Fleisch im- als exportiert. Seit 2007 übersteigen die Fleischausfuhren die Einfuhren. Heute geht etwa die Hälfte des Fleisches aller inländischen Schlachtungen in den Export. An zweiter Stelle folgen Milch und Milcherzeugnisse, also zum Beispiel Käse. Auch sie wurden 2017 im Wert von 9,8 Milliarden Euro exportiert, davon entfielen allein 3,9 Milliarden Euro auf Käse." Siehe: S. 9 in: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/Agrarexporte-verstehen.pdf;jsessionid=7C59BE6B15986B4B32D80515368D76C2.live922?__blob=publicationFile&v=6 (abgerufen 12.11.2021)
94 Vgl. ZKL, S. 126. Siehe: https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1939908/39f791fc6a9ff293ae520e2fea41baa7/2021-07-06-zukunftskommission-landwirtschaft-data.pdf?download=1 (abgerufen 12.11.2021)
95 ZKL, S. 8 und S. 150. Siehe: https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1939908/39f791fc6a9ff293ae520e2fea41baa7/2021-07-06-zukunftskommission-landwirtschaft-data.pdf?download=1 (abgerufen 12.11.2021)
96 ZKL, S. 79. Siehe: https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1939908/39f791fc6a9ff293ae520e2fea41baa7/2021-07-06-zukunftskommission-landwirtschaft-data.pdf?download=1 (abgerufen 12.11.2021) sowie: https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/128232/Deutschlands-Ernaehrungspolitik-schneidet-im-internationalen-Vergleich-schlecht-ab (abgerufen 16.11.2021)
97 Vgl. ZKL, S. 150 f. https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1939908/39f791fc6a9ff293ae520e2fea41baa7/2021-07-06-zukunftskommission-landwirtschaft-data.pdf?download=1(abgerufen 12.11.2021)
98 Siehe insbesondere Artikel 14 in: Verordnung (EU) 2018/848 vom 30. Mai 2018 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen. Siehe: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:02018R0848-20210101&from=EN Art 14 (abgerufen 16.11.2021)

LITERATUR

Abel, S., Barthelmes, A., Gaudig, G., Joosten, H., Nordt, A. et al (2019) : Klimaschutz auf Moorböden. Lösungsansätze und Best-Practice-Beispiele. Download: https://greifswaldmoor.de/files/images/pdfs/201908_Broschuere_Klimaschutz%20auf%20Moorb%C3%B6den_2019.pdf (abgerufen 16.11.2021)

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2015): „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung", Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Download: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/GutachtenNutztierhaltung.html (abgerufen 16.11.2021)

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2018): Agrarexporte verstehen. Fakten und Hintergründe. Download: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/Agrarexporte-verstehen.pdf;jsessionid=C6CA8FCE742E5476C795B8AFE5AE0ABC.live832?__blob=publicationFile&v=6 (abgerufen 6.11.2021)

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2018): „Für eine gemeinwohlorientierte Gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2020. Grundsatzfragen und Empfehlungen". Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und Verbraucherschutz beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Download: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/GAP-GrundsatzfragenEmpfehlungen.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (abgerufen 12.11.2021)

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2019): Nutztierstrategie · Zukunftsfähige Tierhaltung in Deutschland. Download: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/Nutztierhaltungsstrategie.pdf;jsessionid=E1940AA9FC4D0B9AAF2679638D64BD04.live922?__blob=publicationFile&v=9 (abgerufen 12.11.2021)

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2020): Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung („Borchert Kommission"). Download: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Tiere/Nutztiere/200211-empfehlung-kompetenznetzwerk-nutztierhaltung.pdf;jsessionid=DF21C766E4205185F78B8ABAFC2A728A.live922?__blob=publicationFile&v=3 (abgerufen 12.11.2021)

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2021): Machbarkeitsstudie zur rechtlichen und förderpolitischen Begleitung einer langfristigen Transformation der deutschen Nutztierhaltung Download: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Tiere/Nutztiere/machbarkeitsstudie-borchert.pdf;jsessionid=DF21C766E4205185F78B8ABAFC2A728A.live922?__blob=publicationFile&v=11 (abgerufen 12.11.2021)

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2021): Zukunftskommission Landwirtschaft · Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft. Download: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/abschlussbericht-zukunftskommission-landwirtschaft.pdf?__blob=publicationFile&v=12 (abgerufen 12.11.2021)

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL): Landwirtschaftliche Gesamtrechnung. Download: https://www.bmel-statistik.de/landwirtschaft/landwirtschaftliche-gesamtrechnung (abgerufen 12.11.2021)

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2021): Projektionsbericht 2021 für Deutschland. Download: https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/projektionsbericht_2021_bf.pdf (abgerufen 16.11.2021)

Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND): Zukunftskommission Landwirtschaft umsetzen: Zehn Agrar- und Umweltverbände appellieren an sondierende Parteien. Download: https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/zukunftskommission-landwirtschaft-umsetzen-zehn-agrar-und-umweltverbaende-appellieren-an-sondierende-parteien/ (abgerufen 12.11.2021)

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BOELW): Europas Bio-Markt erreicht 45 Mrd. €. Bio-Handelsumsätze in Europa und den USA. Download: https://www.boelw.de/news/bio-handel-europa-usa-2019/ (abgerufen 12.11.2021)

Bundesregierung (2021): Klimaschutzgesetz 2021. Generationenvertrag für das Klima. Download: https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/klimaschutzgesetz-2021-1913672 (aufgerufen 12.11.2021)

Bundesregierung (o.J.): Perspektiven für Deutschland · Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung Download : https://www.nachhaltigkeit.info/media/1326188329phpYJ8KrU.pdf (abgerufen 12.11.2021)

Bundesverfassungsgericht (2021): Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021 · 1 BvR 2656/18 ·, Rn. 1-270. Download: https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.html;jsessionid=EB4DCB41032F9CD53F3F59F456E1F121.2_cid377 (abgerufen 16.11.2021)

Compassion in World Farming (CIWF) (2020): End the cage age. Why the EU must stop caging animals. Download: https://www.ciwf.org.uk/media/7434596/end-the-cage-age-why-the-eu-must-stop-caging-farm-animals.pdf (abgerufen 12.11.2021)

Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht 149. Sitzung, 8. Februar 2001. Download : https://dserver.bundestag.de/btp/14/14149.pdf (abgerufen 12.11.2021)

European Food Safety Authority (EFSA) (2012): Scientific Opinion on the use of animal-based measures to assess welfare of dairy cows. Download: https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/10.2903/j.efsa.2012.2554 (abgerufen 12.11.2021)

Europäische Kommission (2020): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat (...) „Vom Hof auf den Tisch" – eine Strategie für ein faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem. Download: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52020DC0381 (abgerufen 12.11.2021)

Europäische Kommission (2021): Lastenteilung 2021-2030: Ziele und Flexibilitäten. Download: https://ec.europa.eu/clima/eu-action/effort-sharing-member-states-emission-targets/effort-sharing-2021-2030-targets-and-flexibilities_de (abgerufen 16.11.2021)

Europäische Kommission (2021): Mitteilung der EU-Kommission C(2021)4747auf die EBI „End the cage age" vom 30.06.2021. Download: https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12842-Tierschutz-Europaische-Burgerinitiative-Schluss-mit-der-Kafighaltung-End-the-Cage-Age-_de (abgerufen 16.11.2021)

Europäische Kommision (2021): Download: Carbon Border Adjustment Mechanism: Questions and Answers. Download: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_21_3661 (abgerufen 12.11.2021)

Europäische Kommission und United States of America (2021): Global Methane Pledge. Download: https://www.ccacoalition.org/en/resources/global-methane-pledge (abgerufen 16.11.2021)

Europäisches Parlament (2017): Das Wohlergehen von Tieren in der Europäischen Union. Download: https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2017/583114/IPOL_STU(2017)583114_DE.pdf (abgerufen 12.11.2021)

Europäischer Rechnungshof (2020): Die Biodiversität landwirtschaftlicher Nutzflächen geht trotz spezifischer GAP-Maßnahmen weiter zurück. Download: https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR20_13/INSR_Biodiversity_on_farmland_DE.pdf (abgerufen 16.11.2021)

Europäischer Rat, From farm to fork: making Europe's food healthier and more sustainable. Download: https://www.consilium.europa.eu/en/policies/from-farm-to-fork/ (abgerufen 12.11.201)

Europäischer Rat (2019): Council conclusions on animal welfare – an integral part of sustainable animal production Download: https://www.consilium.europa.eu/media/41863/st14975-en19.pdf (abgerufen 12.11.2021)
Europäische Umweltagentur (EEA) (2020): The European environment — state and outlook 2020. Knowledge for transition to a sustainable Europe. Download: https://www.eea.europa.eu/soer/publications/soer-2020

Europäische Umweltagentur (EEA) (2020): Die Umwelt in Europa 2020 · Zustand und Ausblick. Zusammenfassung. Download: https://www.eea.europa.eu/soer/de/publications/die-umwelt-in-europa-zustand (abgerufen 12.11.2021)

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (2018): Ökonomische Instrumente zur Senkung des Fleischkonsums und der Fleischproduktion. Download: https://foes.de/publikationen/2018/201803-Instrumente-zur-Senkung-der-Fleischproduktion.pdf (abgerufen 12.11.2021)

foodwatch (2008): Klimaretter Bio? Der foodwatch-Report über den Treibhauseffekt von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft in Deutschland. Download : https://www.foodwatch.org/fileadmin/Themen/Klimapolitik/Dokumente/foodwatch-Report_Klimaretter-Bio_20080825.pdf (abgerufen 12.11.2021)

foodwatch (2016): Ausgewählte wissenschaftliche Studien zur Tiergesundheit. Download: https://www.foodwatch.org/fileadmin/Themen/Tierhaltung/Schweinesystem/2016-09-22_Ausgewaehlte-Studien-zur-Tiergesundheit.pdf (abgerufen 12.11.2021)

foodwatch (2018): Vier Pfoten, Greenpeace und foodwatch fordern ein bundesweites Tiergesundheitsmonitoring zur betriebsgenauen Erfassung und Bekämpfung produktionsbedingter Erkrankungen der Nutztiere. Download: https://www.foodwatch.org/fileadmin/Themen/Tierhaltung/Dokumente/2018-09-03_Positionspapier_Tiergesundheit.pdf (abgerufen: 12.11.2021)

foodwatch (2019): Externe Kosten in der Landwirtschaft. Download: https://www.foodwatch.org/fileadmin/DE/Themen/Klima_und_Landwirtschaft/2019-09-18_Studie_Externe_Effekte_Landwirtschaft.pdf (abgerufen 12.11.2021)

Germanwatch (2020): Verbesserung des Beitrags der Gemeinsamen Agrarpolitik zum Klimaschutz in der EU. Download: https://www.germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/Kurzstudie%20%27Verbesserung%20des%20Beitrags%20der%20GAP%20zum%20Klimaschutz%20in%20der%20EU%27%20-%20Entwurf.pdf (abgerufen 12.11.2021)

Greenpeace (2021): 50 %. Halb so viel fürs Klima. Download : https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/s03601_gp_emissionsbericht_20210913.pdf (abgerufen 12.11.2021)

Greenpeace (2021): Landwirtschaft auf dem Weg zum Klimaziel. Maßnahmen für Klimaneutralität bis 2045. Download : https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/210128_bedeutung_der_zielsetzung_klimaneutralitaet_fuer_den_landwirtschaftssektor.pdf (abgerufen 16.11.2021)

Grethe, H.; Martinez, J.; Osterburg, B.; Taube, F.; Thom, F. (2021): Klimaschutz im Agar- und Ernährungssystem Deutschlands: Die drei zentralen Handlungsfelder auf dem Weg zur Klimaneutralität. Download: https://www.stiftung-klima.de/app/uploads/2021/06/2021-06-01-Klimaneutralitaet_Landwirtschaft.pdf (abgerufen 12.11.2021)

Hirschfeld, J., Weiß, J., Preidl, M., Korbun, Th. (2008) : Klimawirkungen der Landwirtschaft in Deutschland. Download: https://www.ioew.de/fileadmin/_migrated/tx_ukioewdb/IOEW-SR_186_Klimawirkungen_Landwirtschaft_02.pdf (abgerufen 16.11.2021)

Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) (1985): Sondergutachten „Umweltprobleme der Landwirtschaft". Download: https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/1970-2000/1985_SG_Umweltprobleme_der_Landwirtschaft.html (abgerufen 12.11.2021)

Umweltbundesamt (UBA) (2015): Umweltprobleme der Landwirtschaft – 30 Jahre SRU-Sondergutachten. Download: https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltprobleme-der-landwirtschaft-30-jahre-sru (abgerufen 12.11.2021)

Umweltbundesamt (UBA) (2021): Beitrag der Landwirtschaft zu den Treibhausgas-Emissionen. Download: https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-den-treibhausgas#treibhausgas-emissionen-aus-der-landwirtschaft (abgerufen 12.11.2021)

Umweltbundesamt (UBA) (2021): Geringe Umweltwirkung, hohe Kosten. Ergebnisse und Empfehlungen aus dem Projekt „Evaluierung der Gemeinsamen Agrarpolitik aus Sicht des Umweltschutzes II". Download: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/2021-04-30_texte_71-2021_5_jahre_greening.pdf (abgerufen 16.11.2021)

Umweltbundesamt (UBA) (2021): Klimakosten von Treibhausgas-Emissionen.Download: https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-wirtschaft/gesellschaftliche-kosten-von-umweltbelastungen#klimakosten-von-treibhausgas-emissionen (abgerufen 12.11.2021)

Vion Food Group : Kontrollergebnisse. Download: https://www.vion-transparency.com/de/kontrollergebnisse/ (abgerufen 16.11.2021)

Welttiergesundheitsorganisation (World Organisation for Animal Health, OIE) (2017): Global animal welfare strategy. https://www.oie.int/en/what-we-do/animal-health-and-welfare/animal-welfare/
Download: https://www.oie.int/en/what-we-do/animal-health-and-welfare/animal-welfare/
(abgerufen 12.11.2021)

Wolfschmidt, M. (2016): Das Schweinesystem: Wie Tiere gequält, Bauern in den Ruin getrieben und Verbraucher getäuscht werden. Frankfurt/Main.

foodwatch e. V. • Brunnenstraße 181 • 10119 Berlin • Telefon +49 (0) 30 / 24 04 76 - 0
Fax +49 (0) 30 / 24 04 76 - 26 • E-Mail info@foodwatch.de • www.foodwatch.de